Presseinformation

25. August 2006

Mehr Ausbildungsplätze für österreichische Pflegekräfte schaffen

Kranzl: „Wir bilden derzeit zu wenige Pflegekräfte aus“

In Österreich bzw. in Niederösterreich gebe es derzeit für Menschen, die ihren Lebensabend zu Hause verbringen wollen und eine Pflege bzw. eine Betreuung rund um die Uhr benötigen, kein leistbares Angebot, sagte heute Landesrätin Christa Kranzl in einer Pressekonferenz im Landhaus in St. Pölten.

Mit der Pflege älterer und betreuungsbedürftiger Menschen sei in Österreich ein Thema in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt, das durch ein Strafverfahren gegen einen Angehörigen ausgelöst worden sei, der seine Mutter durch eine ausländische Pflegekraft rund um die Uhr betreuen ließ, so Kranzl. Von der Legalisierung illegal arbeitender ausländischer Pflegekräfte über die Erhöhung der Saisoniers bis zur Senkung des Einkommensnachweises für Schlüsselarbeitskräfte seien viele Vorschläge gemacht worden, die aber allesamt keine gangbaren Wege aufzeigen, meinte Kranzl. In Niederösterreich seien derzeit 365.021 Menschen 60 Jahre und älter, bis 2050 werden es mehr als 620.000 sein, das sei ein Zuwachs von 69,95 Prozent, so Kranzl weiter. Es müssten - unter der Einbindung von Experten - gesetzliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, die die Pflege rund um die Uhr durch österreichische Kräfte ermöglichen.

Kranzls Vorschläge im Einzelnen: Ausländische Pflegekräfte dürfen nicht legalisiert werden. Das Angebot der mobilen Hauskrankenpflege bzw. der Nacht- und Wochenendpflege sollte erweitert werden. Dafür sei aber ein neues Berufsbild zu schaffen. Vom Einkommen abhängiger Bundeszuschuss für die Betreuung rund um die Uhr. Mehr Beratung, bessere Information und Schulungsangebote für Angehörige, denn immer noch würden über 80 Prozent der Pflegebedürftigen zu Hause betreut. Dazu der Ausbau der Tagesbetreuung und der Kurzzeitpflege. Dazu sollten die Ausbildungsplätze für österreichisches Pflegepersonal erhöht werden.

Zudem sei das Pflegegeld regelmäßig zu valorisieren. Der Vorschlag, zur Sicherstellung der Finanzierung die private Pflegeversicherung zu forcieren, sei hingegen abzulehnen.

Für ehrenamtliche Betreuungsdienste seien Anreize zu schaffen, sie würden nämlich einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung der professionellen Pflege leisten.

Zudem müsste in den österreichischen Sozialhilfegesetzen der Regress bei der Inanspruchnahme von Pflegeleistungen abgeschafft werden.

Amt der Niederösterreichischen Landesregierung
Landesamtsdirektion – Pressedienst
www.noe.gv.at/presse
E-Mail: presse@noel.gv.at
E-Mail: presse@noel.gv.at

Presseinformation

Zu diesem Artikel gibt es eine unterstützende Audiodatei. Diese ist zum Download nicht mehr verfügbar. Bitte wenden Sie sich an: presse@noel.gv.at

E-Mail: presse@noel.gv.at